

Kurzfassung

SPOTLIGHT-BERICHT ZUR GLOBALEN MIGRATION

Menschen sind schon migriert, lange bevor es Pässe oder Grenzen gab. Heute wenden Regierungen weltweit enorme Ressourcen auf, um Migrantinnen und Migranten auszugrenzen, abzuschrecken und zu bestrafen. Bei diesen Maßnahmen werden die wichtigsten Ursachen für Migration wie Kriege, Völkermord, Klimakrisen und ein Wirtschaftssystem, das die globale Ungleichheit stützt, üblicherweise ignoriert.

In der Übersicht, Spotlight Report on Global Migration 2026⁴ führt **Carol Barton** die vielfältigen miteinander verknüpften Herausforderungen auf: die Auswirkungen der Umweltausbeutung in den Ländern des Globalen Südens; die „Visa-Apartheid“, die vielen Bürgerinnen und Bürgern eine legale Einreise unmöglich macht; populistische Führungspersonen, die Menschen, die anderswo geboren sind, zu Sündenböcken machen; Gewalt durch Sicherheitskräfte und Bürgerwehren; übermäßige Bürokratie und ausgrenzende Einreiseverfahren; lukrative Geschäfte für Überwachungsagenturen und Gefängnisindustrie.

Dieser Bericht stellt Alternativen zum aktuellen Zustand vor, der auf Bestrafung setzt und Menschenrechte außer Acht lässt: positive Initiativen von Regierungen und der Zivilgesellschaft. Zugewanderte Personen müssen in erster Linie als Inhaber von Rechten gesehen werden - ihre Menschenrechte gelten unabhängig davon, ob oder wann sie eine Grenze überschreiten. Regierungen dürfen Migrantinnen und Migranten nicht länger standardmäßig als Bedrohung ansehen. Stattdessen müssen sie über die Bedrohungen nachdenken, die ihre eigene Politik und Praxis für sie darstellt, und Maßnahmen ergreifen, um diese zu verändern.

Roula Seghaier tritt für eine Ausweitung von legalen Einwanderungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten aller Nationalitäten, Einkommensklassen, Qualifikationen und Sektoren ein. Ihre Arbeitskraft darf nicht auf Kosten ihrer Rechte auf politische Teilhabe und Familienleben ausgenutzt

werden.

Zugewanderte Hausangestellte, die in vielen Ländern nicht von der Arbeitsgesetzgebung geschützt werden, sind besonders von Ausbeutung bedroht.

Adriana Paz Ramirez, Bariyah und **Grace Papa** fordern die Abschaffung arbeitgebergebundener Visa, um das Missbrauchspotenzial zu verringern.

Das Thema Klimamigration ist nur langsam in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen, dennoch können **Amber S. Khan** und **Mayuri Anupindi** von positiven Entwicklungen im Pazifikraum berichten. Staaten müssen sich mit den Betroffenen beraten, um Rahmenwerke zu entwickeln, und gleichzeitig ernsthafte Schritte zur Emissionsreduzierung unternehmen.

Irreguläre Zuwanderung ist auf strukturelle Hindernisse zurückzuführen, nicht auf persönliche Entscheidungen. **Glenda Belen Huerto Vizcarra** plädiert für vereinfachte Regularisierungsmechanismen, die auf die Realität der Zugewanderten abgestimmt sind und Wege zu dauerhaftem Aufenthalt und Staatsbürgerschaft für alle öffnen.

Hayat Akbari, Hannah Jambunathan und **Carolina Gottardo** argumentieren, dass gemäß dem Global Compact for Migration Inhaftierung tatsächlich das „letzte Mittel“ sein muss. Regularisierung muss Vorrang haben, und die gegenwärtige Tendenz zur Kriminalisierung der Unterstützung von Zugewanderten muss umgekehrt werden.

In immer drastischerer Form werden Technologien gegen Migrantinnen und Migranten eingesetzt.

Antonella Napolitano fordert eine Begrenzung bei Umfang und Einsatz von Überwachungstechnologien sowie Schutzmaßnahmen zur Vermeidung von Datenmissbrauch und der übermäßigen Erfassung personenbezogener Daten.

Bei allen Maßnahmen muss ein intersektioneller Ansatz verfolgt werden, der strukturelle Barrieren wie Ethnie, Geschlecht, Klasse und Religion berücksichtigt.

Die Perspektive der Zugewanderten muss in den Mittelpunkt gestellt werden. Mit ihrer Erfahrung sind sie am besten in der Lage, die Probleme zu benennen, die in den bestehenden Migrationsrahmenwerken existieren - und Lösungen vorzuschlagen.

Fremdenfeindliche Narrative beherrschen heute unsere Welt. Politische Verantwortliche und Entscheidungsträger haben die Vorstellung normalisiert, dass Menschenrechte nicht für Menschen ohne Staatsangehörigkeit gelten, und besonders nicht für Menschen mit irregulärem Migrationsstatus, wie „citizens-only“-Initiativen und zunehmende körperliche Angriffe zeigen. Die Bedrohungen, mit denen Zugewanderte sich heute konfrontiert sehen, sind jedoch nicht auf sie beschränkt. Sie sind eine Nahaufnahme der Situation, mit denen alle konfrontiert sind: zunehmende Überwachung, Klimakrise, Rückschritte bei lang erkämpften Menschenrechten.

Das 2026 zum zweiten Mal stattfindende „International Migration Review Forum“ muss deutlich erklären, dass Zugewanderte nicht länger von den grundlegenden Menschenrechten, vom öffentlichen und familiären Leben, von menschenwürdiger Arbeit und von der Einflussnahme auf politische Entscheidungen, die sie am meisten betreffen, ausgeschlossen werden dürfen. Es ist an der Zeit für wirkliche Veränderungen.

